

«Der Wettbewerb zwischen den Parteien wird weiter zunehmen»

Nach dem kompetenhaften Auftauchen der Unabhängigen und mit dem immer grösser werdenden Heer an Wechselwählern werden Wahlen in Liechtenstein immer unberechenbarer, sagt Wilfried Marxer, Politologe und Direktor des Liechtenstein-Instituts in Bendern. **Interview:** Michael Benvenuti

lie:zeit Die Landtagswahlen 2013 endeten mit einer unerwartet hohen Niederlage der VU und einem Sensationserfolg der Unabhängigen. Sind für die Landtagswahlen in zehn Monaten erneut massive Umwälzungen zu erwarten?

Wilfried Marxer: Die hohen Verluste der VU hängen nicht nur mit dem erstmaligen Antreten der Unabhängigen und deren Erfolg zusammen. Sie haben auf Anhieb 15,3 Prozent der Stimmen gewonnen. Innerparteiliche Querelen und die Unzufriedenheit mit der Regierungstätigkeit spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Wahlen sind aber generell unberechenbarer geworden, nicht nur in Liechtenstein. Da liegen vielfach auch Umfragen im Vorfeld weit daneben. Also lassen wir uns mal am besten überraschen.

Die Zeiten von Alleinregierungen sind seit der Gründung der Unabhängigen zwar vorüber, anders als in Deutschland oder Österreich scheint die grosse Koalition in Liechtenstein bei den Wählern aber noch immer grosses Vertrauen zu geniessen. Weshalb?

Die liechtensteinische Politik und die politische Kultur tendieren stark zur Mitte und zum Kompromiss. Eine solche Haltung wird mindestens von den Grossparteien auch erwartet. In Umfragen zeigt es sich immer wieder, dass man den Streit zwischen den Parteien nicht besonders schätzt, sondern die Zusammenarbeit, die gemeinsame Suche nach den besten Lösungen favorisiert. Eine grosse



«Die liechtensteinische Politik und die politische Kultur tendieren stark zur Mitte und zum Kompromiss.»

Wilfried Marxer
Direktor Liechtenstein-Institut

Koalition kommt diesem Modell entgegen. Es hat in der Vergangenheit daher auch nur selten eine Alleinregierung einer Partei gegeben, auch wenn dies aufgrund der Mandatsverteilung meist möglich gewesen wäre.

Rein mathematisch wäre schon 2013 eine FBP-Regierung mit DU- oder FL-Beteiligung möglich gewesen, am Ende setzte sich aber die stabilste Koalition durch. Wäre eine Regierung ohne eine der beiden Grossparteien tatsächlich zu unberechenbar und damit gefährlich für Liechtenstein, wie manche warnen?

Es gab ja schon je eine Mandatsperiode mit einer Alleinregierung der VU (1997 bis 2001) beziehungsweise der FBP (2001 bis 2005). Die grosse Koalition ist also nicht zwingend. Die Alleinregierung kam jedoch beide Male auf entsprechenden Beschluss der schwächeren Partei zustande, die lieber in die Opposition ging, statt als Juniorpartner in der Regierung mitzuwirken. Beide Parteien haben damals festgestellt, dass es besser ist, in der Regierung mitzuwirken, weil dort die Informationen zusammenfliessen und wichtige Entscheidungen

getroffen werden. Auf diese Weise findet auch eine wechselseitige Kontrolle der beiden Grossparteien statt.

In Deutschland ist die AfD die grosse Aufsteigerin der vergangenen Monate, in den USA darf Polittrüpel Donald Trump sogar von der Präsidentschaft träumen. Ist es auch in Liechtenstein nur eine Frage der Zeit, bis radikale Gruppierungen auftauchen – und auch gewählt werden?

Das ist nicht auszuschliessen, wobei schon jetzt eine gewisse Differenzierung der Parteienlandschaft sichtbar ist. Aller-

dings weist Liechtenstein im internationalen Vergleich ein paar Besonderheiten auf, die einer Radikalisierung eher entgegen wirken. So etwa die tiefe Arbeitslosigkeit, der relativ hohe Wohlstand, vergleichsweise geringe Verarmungstendenzen des Mittelstandes, wenig tief greifende gesellschaftliche Konfliktlinien, geringer Themendruck bezüglich der europäischen Integration oder im Flüchtlingswesen, generell natürlich auch die Kleinräumigkeit und die soziale Nähe.

Das Heer frustrierter Nichtwähler ist in Liechtenstein zwar noch relativ klein, das Heer der Wechselwähler wächst aber kontinuierlich. Inwiefern wird diese Entwicklung die Parteienlandschaft der Zukunft verändern?

Die Parteien sind sich nicht mehr so sicher wie früher, wer zu ihren Wählern – seit 1984 auch Wählerinnen – gehört.

Die möglichst hohe Mobilisierung der eigenen Klientel reicht daher nicht aus. Die Parteien müssen die geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten finden, die überzeugend wirken. Und sie versuchen, ein möglichst eigenständiges und attraktives Profil zu entwickeln, ihre eigenen Themen auf die politische Agenda zu bringen und sich als Partei anzubieten, die die besten Lösungen hierfür bereitstellt. Der Wettbewerb zwischen den Parteien wird weiter zunehmen, und je mehr Parteien kandidieren, umso stärker wird dies der Fall sein.

Obwohl mittlerweile vier Parteien aktiv sind, tauchen immer wieder Gerüchte über weitere Neugründungen auf. Von einer Wirtschaftspartei war schon die Rede, von einer grün-liberalen Gruppierung und einem Ableger der SVP. Sehen Sie in Liechtenstein noch Potenzial für eine weitere Partei?

Warum nicht? Für die Teilnahme an den Landtagswahlen braucht es nicht viel und man könnte sich auch als Ein-Themenpartei an den Wahlen versuchen. Ob eine Wählergruppe dann die 8-Prozent-Sperrklausel schafft, ist eine andere Frage. Bei den Wahlen 2013 ist dies sowohl den Unabhängigen (15,3 Prozent) wie auch der Freien Liste (11,1 Prozent) gelungen. Bei den bisherigen Landtagswahlen haben allerdings noch nie mehr als vier Parteien kandidiert – 1989 und 2013 –, bei 7 von 21 Wahlen seit 1945 waren es überhaupt nur die beiden Grossparteien, die angetreten sind.

FBP, VU, DU und FL jammern schon jetzt, dass es immer schwerer werde, genügend geeignete Kandidaten zu finden. Was passiert erst, wenn es in Liechtenstein fünf, sechs oder sieben Parteien gibt?

Das ändert im Grunde nicht sehr viel. Es muss ja keine volle Liste

präsentiert werden. Eine Wählergruppe könnte beispielsweise im Oberland und Unterland mit je einer Person antreten. Wenn man diese nicht findet, besteht für die Partei wohl auch kein Bedarf. Die Parteien sind natürlich bemüht, die Listen möglichst zu füllen. Bei den kleineren Parteien war dies in der Vergangenheit jedoch ohnehin mehr Wunsch als Wirklichkeit.

Die 8-Prozent-Sperrklausel ist heute schon umstritten. Wäre sie bei einer noch grösseren Parteienvielfalt noch vertretbar?

Diese Frage stellt sich unabhängig von der Zahl an Parteien. Ich persönlich finde die 8-Prozent-Sperrklausel undemokratisch hoch, unabhängig davon, wie viele Parteien vielleicht knapp an dieser Hürde scheitern. Ein Wähleranteil von fast 8 Prozent sollte auch die Chance haben, im Landtag vertreten zu sein, egal, ob einem die Stossrichtung dieser Partei passt oder nicht.

Anzeige

KOMMENDE VERANSTALTUNGEN AM LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Berno Büchel

Di 19.4.2016 | 18 Uhr | FOKUS: MIKROÖKONOMISCHE FORSCHUNG

Führungsqualitäten und Lernverhalten in Teams

Dr. Berno Büchel, Liechtenstein-Institut



Andreas Brunhart

Di 26.4.2016 | 18 Uhr | FOKUS: VERTEILUNGSFRAGEN AUS ÖKONOMISCHER SICHT

Rückblick auf «Mehr Netto vom Brutto» und Ausblick auf Verteilungsfragen im aktuellen liechtensteinischen Diskurs

Dr. Andreas Brunhart, Dr. Berno Büchel, Liechtenstein-Institut



Roman Büsser

Di 17.5.2016 | 18 Uhr

Landtagsrealität – Landtagsberichterstattung

Anhand von Inhaltsanalysen der Landtagsprotokolle und der Landtagsberichterstattung wird die Informationsfunktion der beiden Tageszeitungen analysiert.

Roman Büsser, Christian Frommelt, Liechtenstein-Institut



Christian Frommelt

